

Rieser Tageblatt

und Anzeiger (Abendblatt und Anzeiger)

Redaktion:
Kriegsplatz Nr. 12,
Postfach Nr. 12.

Das Rieser Tageblatt ist das zur Veröffentlichung der amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft, des Amtsgerichts, des Amtsgerichtes und der Amtshauptmannschaft beim Amtsgericht Rieser, des Rates der Stadt Rieser, des Finanzamtes Rieser und des Hauptamtes Rieser bestellungsrechtlich bestimmte Blatt.

Postkammer:
Dresden 1300,
Stroßhof,
Rieser Nr. 12.

Nr. 59.

Donnerstag, 10. März 1932, abends.

85. Jahrg.

Das Rieser Tageblatt erscheint jeden Tag abends 7 1/2 Uhr mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Bezugspreis, gegen Vorauszahlung, für einen Monat 2 Mark ohne Zustellgebühr, durch Postweg RM. 2,14 einschließlich (ohne Zustellgebühr). Für den Fall des Eintretens von Produktionsveränderungen, Schwankungen der Roh- und Materialpreise behalten wir uns das Recht der Preisänderung und Nachforderung vor. Anzeigen für die Nummer des Ausgabestages sind bis 9 Uhr vormittags anzugeben und im voraus zu bezahlen; eine Gewähr für das Erscheinen an bestimmten Tagen und Plätzen wird nicht übernommen. Grundpreis für die 33 mm breite, 3 mm hohe Druckzeile (6 Zeilen) 25 Gold-Pfennige; die 33 mm breite Plakatezeile 100 Gold-Pfennige; jeitraubender und tabellarischer Satz 50%, Aufschlag. Große Letzter, Bewilliger Rabatt erlischt, wenn der Betrag verfällt, durch Klage eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Konturs gerät. Zahlungs- und Bestellort: Rieser, Kitzbühler Unterhaltungsbetriebe, "Erbsäule an der Elbe". — Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgendwelcher Störungen des Betriebes der Druckerei, der Verlegeranten oder der Verbreitungsanstalten — hat der Besteller keinen Anspruch auf Vorrückung oder Nachlieferung der Zeitung oder auf Rückzahlung des Bezugspreises.

Verlagsort und -verlag: Sanger & Winterlich, Rieser, Geschäftshaus: Goethestraße 29. Verantwortlich für Redaktion: Heinrich Uhlmann, Rieser; für Anzeigen: Wilhelm Dittich, Rieser.

Der Wahlkampf auf dem Höhepunkt. Die Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft veröffentlicht.

Das Überleben des Wahlsonntages

Das in der Öffentlichkeit immer aktiver werdende Problem der Wahlordnung, das die Parteien und die Wähler gleichermaßen interessiert, wird durch die Veröffentlichung der Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft auf dem Höhepunkt des Wahlkampfes in den Vordergrund gedrückt. Die Notverordnung, die am 10. März in Kraft tritt, ist ein wichtiger Schritt zur Sicherung der Wirtschaft während der Wahlperiode. Sie regelt die Arbeitszeiten der Arbeiter und die Produktion der Waren, um den Bedarf der Bevölkerung zu decken. Die Notverordnung ist ein Zeichen für die Verantwortung der Regierung gegenüber der Nation in dieser schwierigen Zeit.

Eine neue Brünning-Rede

Reichstanzler Dr. Brüning hielt in der überfüllten Reichstagskammer seine dritte Rede für die Wiederwahl Hindenburg. Er sprach über die Notwendigkeit der Einheit und die Verantwortung der Regierung. Er betonte die Wichtigkeit der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Kräfte. Seine Rede wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt und hat die öffentliche Meinung beeinflusst.

Massenaufmarsch der Berliner Nationalsozialisten im Lustgarten.

Berlin. Die NSDAP Berlin veranstaltete am Mittwoch abend im Lustgarten einen Massenaufmarsch. Die Teilnehmer waren begeistert und schrien "Sieg Heil". Die Rede des Reichstanzlers Dr. Brüning wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt. Die Nationalsozialisten fordern die Wiederwahl Hindenburg und die Einführung der Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft.

Goebbels fordert den Reichstanzler zu einem Redebüchlein heraus.

Berlin. Dem großen Aufmarsch der NSDAP im Lustgarten am Mittwoch folgte am Abend eine nationale sozialistische Massenversammlung im Sportpalast. Hier sprach der Reichstanzler Dr. Brüning. Goebbels forderte den Reichstanzler zu einem Redebüchlein heraus. Er sagte, dass die Nationalsozialisten die Wahrheit sagen wollen und dass die Regierung die Verantwortung für die Not der Nation trägt.

Minister Dietrich in Leipzig

Leipzig, 10. März. In einer Rundgebung der Deutschen Staatspartei sprach Reichsfinanzminister Dietrich über die Reichspräsidentenwahl. Er sprach über die Notwendigkeit der Einheit und die Verantwortung der Regierung. Er betonte die Wichtigkeit der Wirtschaft und die Notwendigkeit der Zusammenarbeit aller Kräfte. Seine Rede wurde mit großer Aufmerksamkeit verfolgt.

Der Kampf um die Reichspräsidentenwahl

Der Kampf um die Reichspräsidentenwahl ist ein wichtiger Bestandteil des Wahlkampfes. Die Nationalsozialisten fordern die Wiederwahl Hindenburg und die Einführung der Notverordnung zum Schutze der Wirtschaft. Die anderen Parteien haben andere Kandidaten vorgeschlagen. Die Wahl wird am 12. März stattfinden.

Eine Sonderfrage bilden die Wahlansichten des kommunistischen Kandidaten Thälmann. Er wird von den Nationalsozialisten als gefährlich für die Nation angesehen. Die Nationalsozialisten fordern die Ausschließung Thälmanns von der Wahl.

Der Minister wandte sich gegen die Pläne eines neuen Gesetzes und erklärte, man müsse sich vor allem hüten, was nach Inflation aussehe. Zum Arbeitslosenproblem betonte der Redner, man müsse versuchen, einen kräftigsten Arbeiter zu schaffen, der, wie in Württemberg und Baden, ein Haus und einen Acker hat.

Der preussische Landtagsabgeordnete Rabe erklärte, wenn man bei den Nationalsozialisten preussisch-nordischen Geist vermisse, so sei dem entgegenzusetzen, daß preussisch für die Nationalsozialisten kein geographischer Begriff und keine Angelegenheit des Ständebüchleins sei, sondern ein einheitlich staatspolitischer Begriff.

vor einer totalitären Diktatur und vor einer daraus hervorgehenden Teilnahme Deutschlands an einem weltweiten Krieg gegen die Sowjetunion. Die Warnungen der Sozialisten, die seit Monaten in blauen Flugzetteln durch die Betriebe verbreitet werden, haben die Kommunisten ruhig gemacht. Auch die Propaganda der Sozialdemokratie gegen die Thälmann-Kandidatur scheint gewisse Wirkungen zu haben.